

26/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Helmut Kohl unterstützt eine Kandidatur Geißlers für das Parteipräsidium

In einer langen, sehr offenen und mit großem Ernst geführten Diskussion haben sich Präsidium und Bundesvorstand mit dem Vorschlag für das Amt des Generalsekretärs befaßt.

Wie der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus mitteilte, hat es im Verlauf der Debatte Kritik an dem von ihm geübten Verfahren gegeben und Bedauern darüber, daß die bisherige Konstellation Parteivorsitzender und Generalsekretär nicht beibehalten wurde.

Völlig unstreitig aber war nach den Worten Helmut Kohls, daß das Vorschlagsrecht nach der Satzung ohne Wenn und Aber beim Parteivorsitzenden liegt. Und erst recht habe es keine Kritik an Volker Rühe und dessen Eignung für das Amt des Generalsekretärs gegeben.

Im Verlauf der Sitzung wurde klargestellt, daß es auf dem Bundesparteitag in Bremen für das Amt des Parteivorsitzenden keinen Gegenkandidaten geben wird, jedenfalls nicht aus dem Kreis des Parteivorstandes und des Parteipräsidiums. Für den Fall, daß Heiner Geißler für das Präsidium kandidieren wird, hat der Parteivorsitzende — wie auch die anderen Mitglieder des Vorstands — seine Unterstützung zugesagt. Helmut Kohl: „Wir alle haben die Arbeit gewürdigter, die Heiner Geißler in den vergangenen zwölf Jahren mit großem Engagement für die Partei geleistet hat.“

HEUTE AKTUELL

● Umwelt

Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Mit 652 Anträgen beteiligt sich die Partei an der Diskussion. Seite 3

● Energie

Langfristige Perspektiven für den Kohlebergbau. Seite 8

● Gentechnik

Embryonenschutzgesetz setzt der Fortpflanzungsmedizin Grenzen. Seite 9

● Pflege

Der Dienst am Nächsten darf nicht überfordert werden. Seite 12

● Krankenversicherung

Kassen zahlen auch in Zukunft für wirksame biologische Arzneimittel. Seite 14

● Öffentlichkeitsarbeit

200 Haushalte in sechs Stunden. Mit Hausbesuchen um Wählerstimmen werben. Seite 15

● Dokumentation

Leistungen der Bundesregierung für die Städte, Gemeinden und Kreise 1982 bis 1989.
Grüner Teil

Hessen-SPD flirtet mit der DKP

Es ist einfach ungeheuerlich und normalerweise eigentlich kaum zu glauben, daß führende hessische SPD-Politiker — der frischgebackene Landesvorsitzende Eichel und der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Welteke — die DKP in öffentlichen Erklärungen zu den demokratischen Parteien Deutschlands zählen.

Hartmut Nassauer, Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag: Der Bundesvorsitzende Vogel ist aufgefordert, dem Brückenschlag zu dieser neostalinistischen Partei ein Ende zu bereiten und seinen Parteifreunden die Leviten zu lesen.

Da erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Welteke, er habe nicht unbedingt Hemmungen, mit DKP-Leuten zusammenzuarbeiten, und sein Landesvorsitzender Eichel setzt noch einen drauf:

Er weigerte sich, **kommunale Bündnisse von SPD und DKP** in Hessen zu kritisieren und sei auch nicht bereit, die DKP mit den Republikanern auf eine Stufe zu stellen. Das Unheil in Deutschland komme aus einer anderen Richtung.

Wer eine neostalinistische und jährlich mit Millionenbeträgen aus Ost-Berlin subventionierte Partei, die nach wie vor Mauer und Stacheldraht an der deutsch-

Millionenbeträge aus Ost-Berlin

deutschen Grenze verherrlicht, zum demokratischen Spektrum zählt und sie damit hoffähig zu machen trachtet, der weiß wenig von der deutschen Geschichte, gefährdet den Konsens der Demokraten und leistet zu unserer politischen Kultur keinen sehr förderlichen Beitrag.

Eigentlich ist es geradezu absurd: Während Hunderttausende in der DDR Ausreiseanträge stellen, Hunderte und Tausende versuchen, über Schlupflöcher aus dem anderen Teil Deutschlands in die Freiheit zu gelangen, versuchen führende hessische SPD-Politiker, das demokratische Partienspektrum um eine Partei zu erweitern, die die Zustände in der DDR lieber heute als morgen auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen würde und Gorbatschow für einen Rechtsabweichler hält.

Spendenappell für Aus- und Übersiedler

Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Wilms, und der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen, der Parlamentarische Staatssekretär Waffenschmidt, haben die Bevölkerung um Spenden für unsere in der Übersiedlerwohnanlage Schöppingen eintreffenden Landsleute auf folgende Konten gebeten:

Stichwort: Übersiedler Schöppingen

Volksbank Schöppingen
304 735 700 (Konto-Nr.)
401 640 24 (BLZ)

Kreissparkasse Schöppingen
295 383 60 (Konto-Nr.)
426 513 10 (BLZ)

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Anlässlich des bevorstehenden Bundesparteitages der CDU erklären Generalsekretär Heiner Geißler und der Vorsitzende der Kommission Umwelt- und Energiepolitik, Bundesumweltminister Klaus Töpfer:

Auf dem 37. Bundesparteitag der CDU vom 11. bis 13. September 1989 in Bremen präsentiert sich die Christlich Demokratische Union als Partei des umwelt- und energiepolitischen Fortschritts. Der Parteitag beschäftigt sich einen Tag mit dem Antrag des Bundesvorstandes zur Umwelt- und Energiepolitik „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“. Mit der Vorlage des Antrags zur Umwelt- und Energiepolitik erfüllt der CDU-Bundesvorstand einen Auftrag des 36. Bundesparteitages von Wiesbaden aus dem Jahr 1988.

Ziel des Beschlusses zur Umwelt- und Energiepolitik ist es, die in der Regierung unter Beweis gestellte erfolgreiche Umweltpolitik programmatisch fortzuentwickeln und die umwelt- und energiepolitischen Weichen für die Regierungspolitik der 90er Jahre zu stellen.

Der Antrag zur Umwelt- und Energiepolitik wurde in einer außerordentlich intensiven Diskussion an der Basis der

Partei und in den Vereinigungen vorbereitet. Dies zeigen die insgesamt 652 Anträge zum Antrag des Bundesvorstandes, die von den antragsberechtigten Gliederungen der CDU (Bundesvereinigungen, Landesverbände, Kreisverbände) eingereicht wurden.

Für eine ökologische und Soziale Marktwirtschaft

Die eingereichten Anträge bestätigen und unterstreichen das umfassende umwelt- und energiepolitische Handlungskonzept des Leitantrages und die eindeutige Entscheidung für eine ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Die eingereichten Anträge machen deutlich, daß sich eine konsequente Umwelt- und Energiepolitik nicht an umweltpolitischen Modeerscheinungen orientieren kann, wie sie aktuell wieder Konjunktur haben.

Die CDU ist die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die ein in sich geschlossenes Konzept für eine ökologische und Soziale Marktwirtschaft vorlegt, das im Kern auf zwei Säulen basiert, nämlich auf dem ökologischen Ordnungsrahmen mit klaren rechtlichen Vor-

Mit insgesamt 652 Anträgen haben die antragsberechtigten Gliederungen der CDU den Leitantrag des Bundesvorstands zur Umwelt- und Energiepolitik mitdiskutiert und sich intensiv an der Vorbereitung des 37. Bundesparteitags in Bremen beteiligt.

gaben und auf dem gezielten Einsatz aller zur Verfügung stehenden wirksamen ökonomischen Instrumente, um ein wirtschaftliches Eigeninteresse der Verursacher von Umweltbelastungen an der Verbesserung des Umweltschutzes zu erreichen.

Gezielte Umweltabgaben für mehr Umweltschutz

Der gezielte Einsatz von Umweltabgaben findet durch die eingereichten Anträge eine klare Bestätigung. Umweltsteuern als Vehikel für finanz- und verteilungspolitische Zwecke, wie sie von der SPD vorgeschlagen werden, werden abgelehnt. Die CDU will nicht, wie die SPD, viel Steuererhöhungen zu Lasten des kleinen Mannes und wenig Umweltpolitik, sondern den gezielten Einsatz von Abgaben, um Verbraucher und Unternehmer zu mehr Umweltschutz zu zwingen. Gezielte Investitionen zur Entlastung der Umwelt sind besser als die Zahlung einer Abgabe. Es geht nicht um ein neues Abgabenaufkommen, sondern um mehr Umweltschutz.

In diesem Sinne haben die Anträge die Naturschutzabgabe bestätigt. Um die Verbraucher zur größtmöglichen Schonung der Ressource Wasser anzuhalten, wird die bundesweite Erhebung eines Wasserentnahmementgelts nach baden-württembergischem Vorbild vorgeschlagen.

Ökologischer Generationenvertrag und Umweltaußenpolitik

Die CDU hält eine internationale Umweltpartnerschaft und eine Umweltaußenpolitik für unverzichtbar. Dies muß sich auch in einem ökologischen „Mar-

shallplan“ konkretisieren, der Hilfestellung für wirksamen Umweltschutz in den Ländern der Dritten Welt und in den osteuropäischen Staaten gibt.

Weltweite Umwelt- und Energiepolitik erfordert die Solidarität zwischen Nord und Süd ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Für die CDU braucht weltweite Umweltpartnerschaft einen ökologischen Generationenvertrag, der die sozialen Folgen unseres Handelns für die Zukunft zur Grundlage heutiger Entscheidungen macht.

Der Antrag des Bundesvorstandes wie auch viele Anträge konzentrieren sich darüber hinaus auf folgende wichtige weiterführende Aussagen:

- Unsere Verantwortung für die Schöpfung bedeutet, daß wir verpflichtet sind, die Natur auch um ihrer selbst willen und nicht nur als Lebensgrundlage des Menschen zu schützen. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Sie setzt sich für eine Entscheidung der im Bundestag vertretenen Parteien noch in dieser Legislaturperiode ein.
- Neben dem „Rotstift“ des Finanzministers muß es einen „Grünstift“ des Umweltministers geben. Deshalb fordert die CDU, daß jeder Gesetzentwurf nicht nur Informationen über dessen finanzielle Auswirkungen enthält, sondern auch über seine Auswirkungen auf Natur und Umwelt.

- Es werden Anforderungen an eine Umweltpolitik in der Stadt formuliert, die nicht nur den Ausbau von verkehrsberuhigten Zonen und mehr Tempo-30-Zonen vorsehen, sondern auch die ökologische

Durchdringung unserer Städte mit Hilfe einer umweltgerechten Stadtplanung.

- Die CDU fordert, daß bereits in der Schule, aber auch in der beruflichen Bildung, ökologische Zusammenhänge vermittelt werden.
- Eine ökologische und Soziale Marktwirtschaft muß sich in den Unternehmen durch eine umweltorientierte Unternehmensführung konkretisieren.
- Die umweltgerechte Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und die Forderung nach einer neuen Stromtarifordnung sollen Anreize zum Energiesparen fördern.

Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes noch in dieser Legislaturperiode

Anträge zur Umweltpolitik finden sich auch unter den sonstigen Anträgen zum Bundesparteitag. Mehrere Anträge aus Landes- und Kreisverbänden fordern die Verabschiedung der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes noch in dieser Legislaturperiode.

Schutz der Meere intensivieren

Ein gemeinsamer Antrag der Landesverbände Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen unterstützt das 10-Punkte-Programm der Bundesregie-

rung zum Schutz von Nord- und Ostsee und fordert die Verstärkung und Verschärfung der Maßnahmen zum Schutz der Meere. Für sie muß die ständig gewachsene Umweltbelastung durch Industrie, Landwirtschaft, Haushalte, Schiffahrt und Tourismus in kurzer Zeit deutlich verringert werden. ■

Was ist die Leistung der Mütter wert?

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden soll endlich die Familienarbeit der Frauen in die Statistik und in die Berechnung des Bruttonsozialproduktes aufnehmen. Dazu hat der Kinderbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herbert Werner, aufgefordert. Denn dies zu tun — so Werner — gebietet nicht nur die Gerechtigkeit und die notwendige öffentliche Anerkennung dieser Familienleistung, sondern auch das Erfordernis, das Verhältnis zwischen den Kostenfaktoren familiäre Erziehung und außerhäusliche Erziehung zu verdeutlichen. Zur Berechnung der Leistung der Mütter und der Hausfrauen sind wiederholt Vorschläge gemacht worden. So rechnet der Präsident des Statistischen Landesamtes in Baden-Württemberg, Professor Wingen, mit einem Arbeits- und Zeitaufwand der Familienhaushalte für die nachfolgende Generation von mindestens 275 Milliarden Mark im Jahr.

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Der Wortlaut des Leitantrags an den 37. Bundesparteitag, den der Bundesvorstand zur Umwelt- und Energiepolitik beschlossen hat, ist als Dokumentation im grünen Teil der UiD-Ausgabe 21/1989 veröffentlicht worden und in unserem IS-Versandzentrum in 4804 Versmold, Postfach 1328, zu beziehen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM zuzügl.
MwSt. Bestell-Nr.: 5176

Heiner Geißler:

Auch die DDR braucht Reformen

Die Flüchtlinge in den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und anderen Ostblockländern sind ein schlagender Beweis für das große Ausmaß an Enttäuschung, das die Menschen in der DDR über den halsstarrigen Reformunwillen der SED-Führung empfinden. Diese Menschen, die über ihre Flucht in unsere diplomatischen Vertretungen versuchen, für sich einen Notausgang aus der DDR zu öffnen, sind nur die Spitze des Eisbergs: Die Zahl der Deutschen, die die DDR verlassen wollen und deswegen einen Ausreiseantrag gestellt haben, geht in die Hunderttausende und steigt weiter rapide an.

Viele Bürger in der DDR können nicht mehr verstehen, daß in sogenannten sozialistischen Bruderländern wie der Sowjetunion, Ungarn und Polen zum Teil weitreichende Reformmaßnahmen eingeleitet worden sind, die den Menschen in diesen Staaten mehr individuelle Freiheit ermöglichen, aber die SED-Führung weiterhin reformunwillig und „Perestroika“-

Der Beifall für China hat die DDR weltweit politisch isoliert

feindlich ist. Den früher so oft gebrauchten Wahlspruch „Von der Sowjetunion lernen“ scheinen die dogmatischen DDR-Kommunisten nicht mehr gerne zu hören. Der laute Applaus, den die SED-Spitze den kommunistischen Hardlinern in China für das von ihnen angerichtete Massaker an der chinesischen Demokratiebewegung gezollt hat, hat die DDR

weltweit politisch isoliert und die da und dort vorhandenen Hoffnungen mancher Menschen in der DDR auf Veränderungen tief enttäuscht. Dafür, daß viele Menschen die DDR verlassen wollen, trägt allein die politische Führungsspitze der SED die Verantwortung, weil sie nicht erkennen will, daß ihr dogmatischer Kommunismus am Ende ist.

Wir müssen denen, die zu uns kommen, einen erfolgreichen Start ermöglichen

Wenn der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ehmke, der Bundesregierung jetzt vorwirft, sie habe zu wenig getan, um die starre Haltung der SED-Führung zu ändern, dann stellt er die Tatsachen auf den Kopf. Die Bundesregierung hat nicht nur in erfolgreichen Verhandlungen Reiseerleichterungen für Millionen von Deutschen erreicht, sondern sich konsequent und regelmäßig für Menschenrechte und Reformen in der DDR eingesetzt.

Die SPD dagegen hat gegenüber der SED Leisetreterei betrieben und gemeinsam mit SED-Funktionären Papiere unterschrieben, in denen die Unterdrückung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten in der DDR unter den Teppich gekehrt wird.

Unsere Solidarität mit deutschen Landsleuten kann sich aber nicht auf die Kritik an menschenunwürdigen Zuständen beschränken, sondern wir müssen alles tun, um denen, die zu uns kommen, einen erfolgreichen Start in der Freiheit zu ermöglichen.

Dank an alle Helfer bei der Ankunft von DDR-Flüchtlingen

Bei Berichten über die Fluchtwelle aus der DDR steht das Schicksal der Übersiedler naturgemäß im Mittelpunkt der Berichterstattung unserer Medien. Kaum erwähnt wird dagegen die große Zahl der beteiligten Helfer, die sich gerade in den ersten Stunden und Tagen nach der Ankunft im Westen um unsere neuen Mitbürger kümmern und gekümmert haben.

Ehrenamtliche Kräfte aus den Kirchen und karitativen Organisationen, private Initiativen, engagierte Einzelpersonen und nicht zuletzt die Bediensteten in diplomatischen Missionen, Aufnahmeflägern, der Arbeitsverwaltung und den sonstigen Behörden, die jetzt einen weit über das normale Maß hinausgehenden Arbeitsanfall zu bewältigen haben.

Eduard Lintner, deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ihnen allen gilt nicht nur der vielfach ausgesprochene Dank der Übersiedler, sondern vor allem Dank und Anerkennung durch die politisch Verantwortlichen. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf ich diesen Dank ausdrücklich betonen und die Hoffnung aussprechen, daß noch mehr einheimische Landsleute sich des Schicksals der Neuankommelinge annehmen.

Daran sollten auch die Sozialdemokraten Gaus und Bölling mitwirken, statt mit Hetztiraden die deutschlandpolitischen Fortschritte seit Amtsantritt der Regierung Kohl herabzuwürdigen. Millionen Westreisen für DDR-Bürger und Hunderttausende Ausreisegenehmigungen hat Helmut Kohl erreicht — nicht Willy Brandt und auch nicht Helmut Schmidt.

SPD will Streit im NATO-Bündnis säen

Die SPD hat es schon immer verstanden, mit ansprechenden Vokabeln Protest- und Kritikpotential in Bewegung zu setzen. Jetzt soll angeblich unsere „Souveränität“ Mängel aufweisen; die Bundesrepublik Deutschland wird im Kreise der Völkergemeinschaft als unmündiges Besatzungskind hinge stellt.

Gerade die Außen- und Sicherheitspolitik der letzten Zeit dürfte jedem klar vor Augen geführt haben, daß es gut um die Souveränität der allseits anerkannten Bundesrepublik Deutschland bestellt ist: Zum Beispiel beim NATO-Gipfel in Brüssel oder bei den Staatsbesuchen von US-Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow.

Der Boden für den Ausstieg soll vorbereitet werden

Der Ramstein-Untersuchungsausschuß, auf den sich die SPD immer wieder beruft, hat nach eingehender Beweisaufnahme die uneingeschränkte Respektierung der deutschen Souveränität durch die Alliierten voll bestätigt.

Bernd Wilz, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Um was geht es der SPD mit ihrem offensichtlich erfolglosen Vorstoß? Weshalb richtet sie ihr rechtliches Augenmerk nicht auf Souveränitätsdefizite des anderen Teils Deutschlands, aus dem die Menschen scharenweise fliehen?

Die Antwort liegt auf der Hand: Streit im NATO-Bündnis zu säen, insbesondere im Verhältnis zu den USA, um den Boden für einen möglichen Ausstieg aus diesem Bündnis vorzubereiten. ■

Langfristige Perspektiven für den Kohlebergbau

Der Bundeskanzler hat Wort gehalten. Die kohlepolitischen Fragen werden einer Lösung nähergebracht. Die zu verstromenden Kohlemengen wie auch der Jahrhundertvertrag werden in ihrer Grundsubstanz erhalten. Mit der Herausnahme des Revierausgleichs und der Sonderleistungen für die niederflüchtige Kohle sind die Voraussetzungen geschaffen, daß der Kohlepennig langfristig sinken kann und die revierfernen Länder den Kohlepennig weiter mittragen.

Gleichzeitig werden durch die Berufung der Expertenkommission unter dem Vorsitz von Professor Paul Mikat die Mög-

tagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion geht davon aus, daß die Kommission ihren Auftrag bis März 1990 löst und dem Bergbau langfristige Perspektiven bei abnehmenden Verstromungsmengen gegeben werden.

Es wäre jetzt an der Zeit, daß insbesondere die SPD-Landesregierungen der Revierländer ihre ablehnende Haltung zur Kernenergie revidieren, da nur so die langfristigen Perspektiven für die deutsche Steinkohle erhalten bleiben.

Es ist bedauerlich, daß der saarländische Ministerpräsident Lafontaine durch seine zögerliche Haltung bei der Übernahme des Revierausgleichs im Verhältnis zwei Drittel Bund und ein Drittel Land Unsicherheit in die zukünftige Kohlepolitik bringt. Eine Lösung der kohlepolitischen Fragen kann nur durch Bund und Revierländer gemeinsam erfolgen. Für Verunsicherungen bei Saarberg ist Herr Lafontaine verantwortlich. ■

„Wir wollen und werden auf die Kohle als einzige nennenswerte nationale Energiereserve nicht verzichten. Sie wird und muß auch in Zukunft ihren wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten.“

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 18. März 1987

lichkeiten geprüft, den Einsatz deutscher Steinkohle in der Verstromung nach 1995 zu sichern und finanziell abzustützen. Eine langfristige Konzeption muß sich am Grundsatz sparsamer Energieverwendung und an den Kriterien der Versorgungssicherheit, der Umweltverträglichkeit und der Wirtschaftlichkeit orientieren.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundes-

Weniger tödliche Kfz-Unfälle bei Soldaten

Wie aus dem in jedem Jahr bundeswehrintern erstellten Bericht „Soldatische Ordnung“ hervorgeht, hat 1988 die Zahl der Soldaten, die bei Kfz-Unfällen außerhalb des Dienstes ums Leben kamen, ihren tiefsten Stand in den 80er Jahren erreicht. Unfälle während täglicher oder Wochenend-Heimfahrten ereigneten sich mit 166 deutlich weniger als im Jahr davor (197). Die weitverbreitete Meinung, daß die meisten Soldaten auf dem Wege vom und zum Standort (auf der sog. „NATO-Rallye“) tödlich verunglücken, ist also unzutreffend.

Embryonenschutzgesetz setzt der Fortpflanzungsmedizin Grenzen

Das Bundeskabinett hat den Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes verabschiedet. Ziel dieses Gesetzes ist es, Mißbräuche im Bereich der modernen Fortpflanzungsmedizin und bei der Anwendung gentechnischer Methoden am Menschen zu verhindern.

Die neuen Technologien im Bereich der Gentechnik und der künstlichen Befruchtung stellen eine der großen Herausforderungen dar, denen sich die Menschheit gegenüberstellt. Im Interesse des Menschen und seiner Würde gilt es sicherzustellen, daß zwar die Segnungen der modernen medizinisch-technischen Entwicklung dienstbar gemacht würden, gleichzeitig aber verhindert werde, daß der Mensch letztlich Opfer der modernen Technologie werde.

Der Entwurf eines Embryonenschutzgesetzes sieht daher zur Verhinderung von Mißbräuchen im Bereich der modernen Fortpflanzungsmedizin, die insbesondere bei der extrakorporalen Befruchtung, d. h. der In-vitro-Fertilisation oder der „Reagenzglaszeugung“, denkbar sind, eine Reihe von strafrechtlichen Verboten vor.

Im einzelnen sollen künftig strafrechtlich geahndet werden:

1. Manipulationen am menschlichen Erbgut; verboten wird damit jede auch nur in Ansätzen auf eine Züchtung des vermeintlich besseren und vollkommenen Menschen hinauslaufende Maßnahme. Dies gilt insbesondere für einen Gentransfer in menschliche Keimbahnzellen;

- 2. die gezielte Festlegung des Geschlechts eines Kindes im Rahmen einer künstlichen Befruchtung;**
 - 3. die gezielte Erzeugung genetisch identischer Menschen (Klonen);**
 - 4. die Züchtung von Chimären- und Hybridwesen aus Mensch und Tier;**
 - 5. die gezielte Erzeugung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken sowie jede Forschung an menschlichen Embryonen, die zu deren Vernichtung oder Schädigung führen kann;**
 - 6. die Abspaltung totipotenter Zellen eines Embryos, z. B. zu Zwecken der Forschung oder Diagnostik;**
 - 7. die extrakorporale Befruchtung einer größeren Anzahl menschlicher Eizellen, als für einen einmaligen Embryotransfer auf die zur Austragung bereite Frau benötigt werden; das Verbot will verhindern, daß bei einer extrakorporalen Befruchtung überhaupt Embryonen entstehen, die nicht ausgetragen werden können.**
 - 8. die Übertragung menschlicher Eizellen auf eine andere Frau;**
 - 9. die Erzeugung menschlicher Embryonen mit dem Ziel, sie auf eine andere Frau, als die genetische Mutter, zu übertragen (Embryonenspende);**
- Diese Verbote der Ei- und Embryonen-spende sollen die sogenannten gespaltenen Mutterschaften verhindern, bei denen genetisch und austragende Mutter nicht identisch sind. Dadurch werden im Interesse des Kindeswohles Maßnahmen

verhindert, die dessen seelische Entwicklung gefährden können. Dem künftigen Kind soll von vornherein eine Auseinandersetzung mit dem Umstand erspart bleiben, daß es sein Leben gleichermaßen drei verschiedenen Elternteilen, also dem Vater, der genetischen Mutter und der austragenden Mutter, verdankt.

10. die Durchführung einer künstlichen Befruchtung bei einer Frau, die das von ihr ausgetragene Kind Dritten auf Dauer überlassen will.

Der Entwurf des Embryonenschutzgesetzes mit seinen speziellen Verbotsregelungen erteilt gerade auch dem Phänomen der Leihmutterenschaft oder Ersatzmutterchaft eine klare Absage. Die Bundesregierung lehnt Leih- oder Ersatzmutterchaften strikt ab. Derartige Machenschaften widersprechen dem Grundsatz, daß über die Elternstellung nicht beliebig verfügt werden dürfe. Sie gefährden das Wohl des Kindes, weil sie die durch Schwangerschaft entstehende Bindung zwischen Mutter und Kind mißachten und zu psychischen und sozialen Konflikten für alle Beteiligten führen können.

Der Mensch darf nicht zur Handelsware werden

Besonders abzulehnen sind Leihmutterchaften insbesondere dann, wenn Geld in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt. Der Mensch darf nicht zur Handelsware reduziert werden. Deshalb hat die Bundesregierung zusätzlich zu den im Embryonenschutzgesetz vorgesehenen Verboten bereits unter der Federführung des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit im Adoptionsvermittlungsgesetz spezielle strafrechtliche Verbote der kommerziellen und nichtkommerziellen Vermittlung von und der öffentlichen Werbung für Leihmutterchaften vorgesehen. ■

Neue Broschüre „Frühförderung“ vorgestellt

Das Bundesarbeitsministerium hat eine erste bundesweite Zusammenstellung über rund 360 sozial-pädiatrische Einrichtungen und Frühförderstellen vorgestellt.

Diese Broschüre soll den Eltern behinderter Kinder, den behandelnden Ärzten und Therapeuten ein Wegweiser bei der Suche nach geeigneten Hilfs- und Förderungsmöglichkeiten sein. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Gerade Eltern behinderter Kinder dürfen wir nicht allein lassen, sondern müssen sie durch praktische Hilfen unterstützen.“

In der Bundesrepublik Deutschland werden jährlich etwa 40.000 Kinder geboren, die behindert sind oder deren Entwicklung gefährdet ist. Je früher eine Auffälligkeit oder Beeinträchtigung erkannt wird, desto besser kann vorgebeugt und geholfen werden. Gerade die frühkindlichen Entwicklungsphasen sind durch eine hohe Beeinflussbarkeit gekennzeichnet.

Die Hilfen für die Eltern und die gesamte Familie sollen möglichst früh einsetzen, um Angst abzubauen, Hilflosigkeit zu überwinden, Fehlverhalten zu vermeiden und die Fähigkeit zur Selbstkritik zu stärken. Bisher sind die verfügbaren Förderungsmöglichkeiten und ihre Standorte allerdings nur unzureichend bekannt.

Die Broschüre ist kostenlos im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erhältlich (Referat Öffentlichkeitsarbeit, Telefon: 02 28/5 27 51 13 oder Anrufbeantworter 5 27 51 30/31).

Mehr Sicherheit für Kinder und Senioren

Alle 15 Minuten verunglückt in der Bundesrepublik Deutschland ein Kind unter 15 Jahren im Straßenverkehr und verletzt sich dabei leicht oder schwer — alle 22 Stunden stirbt eines. Die Zahl der Leichtverletzten betrug in den ersten vier Monaten dieses Jahres 8.508 (+ 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum), die der Schwerverletzten 3.335 (+ 3,9 Prozent) und die der Getöteten 129 (+ 20,6 Prozent). Die Gefahr, im Straßenverkehr zu verunglücken, ist für Kinder immer noch besorgniserregend hoch, auch wenn es in den letzten zwei Jahrzehnten gelungen ist, die Zahl der Unfallopfer drastisch zu reduzieren.

Gleiches gilt für unsere älteren Mitbürger ab 65 Jahren: Alle sechs Stunden stirbt ein Mensch dieser Altersgruppe an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Von Januar

Ergänzende Maßnahmen im Kampf gegen den Verkehrstod

bis April 1989 verletzten sich 5.268 ältere Mitbürger leicht (+ 2,9 Prozent), 3.168 schwer (+ 2,0 Prozent), 498 starben (+ 8,8 Prozent).

Angesichts dieser Zahlen fordern der CDU-Bundesfachausschuß Verkehrspolitik und die Senioren-Union ergänzende Maßnahmen im Kampf gegen den Verkehrstod. Vordringlich scheint vor allem zweierlei:

Für Kinder, bei denen wegen der Größe die vorgeschriebenen Sicherheitsgurte keinen ausreichenden Schutz bieten, sollten geeignete Rückhalteinrichtungen (Babyliegen, -schalen oder -körbe, Kin-

dersitze) vorgeschrieben werden. Das Anwendungsgebot soll aber nicht mit einer Bußgeldbewehrung verknüpft werden, um Ausnahmefällen — etwa bei der Mitnahme im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder bei Taxifahrten — Rechnung tragen zu können.

Gefördert werden sollen straßenverkehrs-technische und -bauliche Maßnahmen mit den Zielen: Verringerung der Geschwindigkeit in Wohnstraßen, Verbesserung der Sichtverhältnisse (zum Beispiel durch Umordnung des Parkens) und Schaffung von verkehrsberuhigten Bereichen innerhalb geschlossener Ortschaften. ■

Baurecht muß soziale Belange berücksichtigen

Die beiden kürzlich bekanntgewordenen Entscheidungen des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes, wonach Altenpflegeheime und Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber in „reinen Wohngebieten“ nicht zulässig sind, und die sich anschließende öffentliche Diskussion haben Bundesbauministerin Gerda Hasselfeldt veranlaßt, die entsprechenden Bestimmungen der Baunutzungsverordnung noch einmal grundsätzlich überprüfen zu lassen.

Gerda Hasselfeldt: Bei dieser Entscheidung fühle ich mich durch eine Reihe von Schreiben und Äußerungen meiner Länderkollegen bestätigt. Die Überprüfung kann am schnellsten im Verfahren des Bundesrats stattfinden, dem die von der Bundesregierung im Juni 1989 beschlossene Novelle zur Baunutzungsverordnung gegenwärtig zur Zustimmung vorliegt. Die Beslußfassung des Bundesrats erwarte ich noch im September. Die Bundesregierung wird sich an dieser Überprüfung intensiv beteiligen. ■

Der Dienst am Nächsten darf nicht überfordert werden

Anlässlich der Vorlage von Thesen und Vorschlägen zur Sicherung des Pflegebedarfs im Krankenhaus und in der Altenpflege erklärten der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Gerhard Braun, und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Gesundheitspolitik, Albrecht Hasinger:

Pflege ist unmittelbarer Dienst am Menschen und darf deshalb als ein primärer Wert in ihrer finanziellen Einschätzung nicht hinter der Tätigkeit in der Güterproduktion zurückstehen. Mit dem positiven Tarifabschluß vom 3. Juni 1989 sind die Probleme der Krankenschwestern und Krankenpfleger sowie der Altenpflegerinnen und Altenpfleger noch nicht gelöst.

Pflege ist keine unselbständige Hilfstätigkeit, sondern ein hochqualifizierter, eigenständiger Fachberuf, der große Anerkennung verdient. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß das Ansehen der Pflegeberufe in der Öffentlichkeit steigt. Dieses Ziel ist nicht durch Sonntagsreden zu erreichen, sondern erfordert einschneidende Maßnahmen, die die Situation der Krankenpflegeberufe nachhaltig verbessern.

Der Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik schlägt deshalb unter anderem vor:

- Die Personalaufhaltszahlen müssen aktualisiert und durch eine analytische Bedarfsermittlung, die sich an der Pflegeintensität orientiert, ersetzt werden.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft sowie die Spitzenverbände der Krankenkassen sind aufgefordert, eine einver-

nehmliche Regelung zu suchen. Es wäre ein Armutszeugnis für unsere Selbstverwaltung, wenn diese Regelung durch den Staat gefunden werden müßte.

- Der Erwerb der Fachhochschulreife mit dem erfolgreichen Abschluß der Ausbildung soll den Weg zu weiterführenden Bildungsgängen eröffnen.

Eine Verschulung der Ausbildung — wie sie die SPD vorschlägt — lehnt der Bundesfachausschuß ab. Die Einheit der Ausbildung muß erhalten bleiben. Praktische und theoretische Ausbildung müssen wie bisher im Krankenhaus stattfinden.

- Durch Reorganisation des Tagesablaufes im Krankenhaus müssen hierarchische und hemmende Strukturen abgebaut werden.

Der Tagesablauf sollte entzerrt und dem allgemeinen Tagesablauf angenähert werden.

- Mit familienfreundlicheren Arbeitszeiten und dem Angebot von mehr Teilzeitarbeitsplätzen muß die häufig kurze Verweildauer in den Kranken- und Pflegeberufen verlängert werden.

- Kindertagesstätten und die Schaffung von krankenhausnahem Wohnraum muß die familienfreundlichen Arbeitszeiten begleiten. Als Finanzierungsmöglichkeit sieht der Bundesfachausschuß den Weg über eine Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes.

- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind für den Verbleib im Beruf von großer Bedeutung. Entsprechende Zeiten müssen bei den Pflegesatzverhandlungen berücksichtigt werden.

- Die Krankenhäuser müssen aus ihrer vorbeugenden Fürsorgepflicht heraus

Maßnahmen gegen Frühinvalidität ergreifen.

- Die Pflege Schwerkranker erfordert weitere Zulagen. Die Tarifbewegung kann noch nicht zu Ende sein.

Trotz aller Probleme ist die Krankenpflege nicht nur ein krisensicherer, sondern auch ein befriedigender Beruf. Viele Menschen finden in ihm berufliche Erfüllung. Schwestern und Pfleger sollen wissen, daß sie mit ihren Problemen von der Politik nicht alleingelassen werden.

Die geriatrische Versorgung der Zukunft

Der revolutionäre Umbruch im Altersaufbau unserer Gesellschaft bringt für die 90er Jahre neue Herausforderungen im pflegerisch-geriatrischen Bereich mit sich. Im Gesamtrahmen dieser Herausforderungen erlangt der Beruf des Altenpflegers eine qualitativ neue Bedeutung. Wir brauchen qualitative und quantitative Ausbildungsverbesserungen, um den Fehlbedarf im pflegerisch-geriatrischen Bereich für die Zukunft zu decken.

In Übereinstimmung mit den allgemeinen Prinzipien einer sozialen Ordnungspolitik sind die spezifischen Grundsätze für die Verbesserung der Versorgung alter pflegebedürftiger Menschen weiterzuentwickeln.

Die geriatrische Versorgung der Zukunft soll so angelegt sein, daß sie folgende Aspekte umfaßt:

- menschengerecht;
- ganzheitlich orientiert;
- kooperativ und vernetzt;
- gemeinde- und familiennah;
- leistungsfähig und wirtschaftlich;
- finanziell und personell organisierbar;
- Überarbeitung der Approbationsordnung.

Bessere Ausbildung für Unteroffiziere

Zur Neuordnung der Aus- und Fortbildung der Unteroffiziere der Bundeswehr erklären der zuständige Berichterstatter, Klaus Francke, und der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Wilz:

Mit der Neuordnung der Aus- und Fortbildung der Unteroffiziere der Bundeswehr wird zugunsten unserer wehrpflichtigen Soldaten eine seit langem durch die CDU/CSU erhobene Forderung nach besserer fachlicher und psychologischer Qualifizierung sowie nach sinnvoller Dienstgestaltung erfüllt. Gleichzeitig wird angemessen und zweckmäßig auf Hinweise des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages in seinen Jahresberichten reagiert.

Nunmehr erhalten die Unteroffiziere eine faire Chance, gut und fundiert vorbereitet ihre Aufgaben als Führer, Erzieher und Ausbilder wahrzunehmen. Dies wird ihr Selbstbewußtsein stärken, ihre Leistungs- und Einsatzbereitschaft festigen und ihr gesellschaftliches Ansehen erhöhen.

Die Wehrpflichtigen werden in den Kasernen und bei Übungen im Gelände auf Unteroffiziere treffen, die den Anforderungen an moderne Menschenführung gewachsen sind und die in der Methodik der Ausbildung sowie in der gewissenhaften Dienstaufsicht die Gewähr dafür bieten, daß Gammeln und Unterforderung tatsächlich weitestgehend beseitigt werden.

Mit der künftigen Ausbildung „im Rücken“ können die Unteroffiziere auch getrost der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt entgegensehen, wenn ihre Dienstzeit in der Bundeswehr endet.

Kassen zahlen auch in Zukunft für wirksame biologische Arzneimittel

Zu der zunehmend von interessierter Seite gestreuten Behauptung, der vorgesehene Ausschluß unwirtschaftlicher Arzneimittel aus der Leistungspflicht der Krankenkassen stelle das Ende der biologischen Medizin dar, erklärt der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bernhard Jagoda:

Hier wird Panik gemacht mit dem Ziel, Patienten zu verunsichern. Tatsache ist:

- Therapeutisch bewährte biologische Arzneimittel werden weiterhin von den Krankenkassen gezahlt. Von den 705 bisher von den Kommissionen des Bundesgesundheitsamtes bewerteten homöopathischen Stoffen wurden lediglich 125 negativ beurteilt; 580 nicht negativ bewertete Stoffe, d. h. mehr als 80 Prozent, bleiben damit in der Leistungspflicht der Krankenkassen. Ähnliches gilt für die pflanzlichen Wirkstoffe: von 154 Bewertungen sind 44 negativ; 110 Wirkstoffe, d. h. über 70 Prozent bleiben in der Leistungspflicht der Krankenkassen.
- Unter den 2.000 verordnungshäufigsten Arzneimitteln sollen nur 35 Naturheilmittel, aber über 200 chemische Arzneimittel ausgeschlossen werden.
- Naturheilmittel sind von dem Verordnungsentwurf nur dann betroffen, wenn Sachverständige der biologischen Medizin und von den anderen besonderen Therapierichtungen selbst Zweifel an der Wirksamkeit von Wirkstoffen solcher Arzneimittel haben. Dem Verordnungsentwurf liegen Bewertungen der Aufbereitungskommissionen beim Bundesgesundheitsamt zugrunde, denen mehrheitlich Sachverständige der besonderen Therapierichtungen angehören.

● Auch bei Kombinationsarzneimitteln mit vielen Wirkstoffen wird die Besonderheit der Naturheilmittel berücksichtigt. Der Leistungsausschluß soll erst bei mehr als sechs Wirkstoffen stattfinden. Bei Arzneimitteln mit chemisch definierten Wirkstoffen gilt der Ausschluß bereits bei mehr als drei arzneilich wirksamen Bestandteilen.

Postbote muß zustellen

Wer einen Aufkleber an seinem Briefkasten anbringt, mit dem er die Post auffordert, bestimmte Sendungen nicht zuzustellen, kann nicht damit rechnen, daß der Zusteller dieser Aufforderung folgt. Die Bundesregierung erklärt in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen, daß zwar jeder einzelne „die Annahme jeder Postsendung ohne Angabe von Gründen verweigern“ kann, der Zusteller jedoch weder selektiv vorgehen dürfe noch könne.

Eine solche Auswahl, beispielsweise aus politischen Gründen, sei aus „postbetrieblichen Gründen in der Postordnung nicht vorgesehen“. Die Deutsche Bundespost habe weder die Möglichkeit noch die Aufgabe, selektiv im Sinne des einzelnen Empfängers, „nach zudem unter Umständen unterschiedlichen Gesichtspunkten“ eine Art „Vorabdurchsicht“, der Post vorzunehmen. Es sei daher rechtlich nicht möglich, einen Aufkleber, wie „Keine Nazi-Post einwerfen“ zu beachten.

200 Haushalte in sechs Stunden

Mit einer ungewöhnlich aufwendigen Aktion hat der Bürgermeister von Wesseling, Alfons Müller, schon seit Juli in dem jetzt anlaufenden nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampf begonnen, um Wählerstimmen zu werben. Wie er dem UiD mitteilte, will er in Begleitung der Wahlbezirkskandidaten alle 12.000 Haushalte in Wesseling persönlich besuchen.

Alfons Müller: „Täglich schaffe ich ca. 200 Haushalte in etwa 6 Stunden. An fünf Tagen in der Woche sind das etwa tausend. Bis zum 30. September will ich alle Haushalte aufgesucht haben.“

Der Aktion des Bürgermeisters liegen fünf Ziele zugrunde:

- Die Bürger werden drei Monate lang über diese Aktion und über den Bürgermeister reden.

Mit Hausbesuchen um Wählerstimmen werben

- Die Kommunalwahlkandidaten der CDU werden zur aktiven Mitarbeit gezwungen.
- Die Besuche erleichtern es den Bürgern, unbefangen über ihre Sorgen und Anliegen zu reden.
- Die Bürger werden mit dem Wahltermin bekannt gemacht.
- Die CDU zwingt der SPD ihre Marschrichtung auf und übt die Meinungsführerschaft aus.

Alfons Müller: „Ich habe für diese Aktion meinen gesamten Jahresurlaub geopfert und alle Termine weitgehend diesem Ziel untergeordnet. Ich sehe eine gute Chance, durch diese Art von Kleinarbeit die Stimmung für die CDU zu verbessern.“

Selbstverständlich kommen die Besucher nicht mit leeren Händen. Alfons Müller und der Wahlbezirkskandidat, der ihn begleitet, haben Wahlwerbematerial bei sich, so z. B. einen Brief „An die Wesslinger Wählerinnen und Wähler“ sowie einen Personalprospekt mit den Erfolgen von fünf Jahren Kommunalpolitik für Wesseling.

Ganz besonders interessant und allen Wahlkämpfern zur Nachahmung empfohlen ist eine Art Visitenkarte, die die Besucher immer dann hinterlassen, wenn sie vergeblich klingeln. Darauf heißt es dann: „Guten Tag, wir wollten Sie besuchen — und haben Sie leider nicht angekommen. Rufen Sie uns bitte an, wenn Sie etwas auf dem Herzen haben.“ ■

Neu in Versmold

Für die Ankündigung von Veranstaltungen und Aktionen der Frauen-Union hat die Bundesgeschäftsstelle ein Rahmenplakat entworfen. Es ist ab sofort über unser IS-Versandzentrum in 4804 Versmold, Postfach 1328, zu beziehen.

- Bestell-Nr.: 8181
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis je Mindestabnahme: 25,— DM
zuzügl. MwSt.



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

40 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Für Veranstaltungen der Partei zu diesem Thema weisen wir noch einmal auf die Broschüre hin, die u. a. die Rede des Bundeskanzlers zur Eröffnung des CDU-Kongresses „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland: Frieden — Freiheit — Soziale Gerechtigkeit“ vom 18. Januar 1989 enthält, sowie auf das Rahmenflugblatt bzw. Rahmenplakat, auf denen Sie Ihre Veranstaltungen ankündigen können.

- Rahmenflugblatt DIN A4: Bestell-Nr. 1125, Mindestabnahme: 500 Exempl., Preis je Mindestabnahme: 50,— DM
- Rahmenplakat DIN A1: Bestell-Nr. 8124, Mindestabnahme: 50 Exempl., Preis je Mindestabnahme: 35,50 DM



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 13 28, 4804 Versmold

UiD

26/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.